

16. Wahlperiode

Große Anfrage

der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Finanzpolitische, wirtschaftliche und soziale Folgen der Internationalen Bankenkrise für Berlin

Wir fragen den Senat:

1. Hält der Senat angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die Fortschreibung der Steuereinnahmen in der Finanzplanung mit 3,7 Prozent (2010 bis 2012) noch für realistisch? Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen der Krise auf die Sozialausgaben der Bezirke? Welche Konsequenzen zieht der Senat für die Haushaltsplanaufstellung 2010/2011?
2. Hält der Senat Anpassungen, Ergänzungen oder Umschichtungen bei den bestehenden Förderprogrammen für Wirtschaft und Arbeit (Haushalt und Bürgschaften) für erforderlich? Wenn ja, welche Umplanungen hat er bereits vorgenommen oder eingeleitet?
3. Welche zusätzlichen Maßnahmen im Bereich von Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik wird der Senat ergreifen, um die Wirtschaft der Stadt zu stützen und Beschäftigung zu sichern?
4. Warum lehnt es der Senat ab, den Überschuss des Haushalts 2008 für ein konjunkturwirksames Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands zu verwenden, obwohl ein solches Programm dazu beiträgt, die Klimaschutzziele zu erreichen, sich selbst refinanziert und Tausende von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft und im Berliner Handwerk sichert?
5. Hält das Land Berlin in der Versorgungsrücklage, im Liquiditätsmanagement oder in landeseigenen Unternehmen Wertpapiere, die als gefährdet einzustufen sind? Bei welchen sind bereits Verluste eingetreten oder als sicher anzunehmen?
6. Welche der Cross Border Lease-Geschäfte des Landes Berlin und der Landesunternehmen sind als gefährdet einzustufen? Bei welchen Verträgen wurden bereits Nachbesicherungen der Geschäftspartner fällig? Welche Kosten sind dabei entstanden? Bei welchen Verträgen sind bereits Verluste eingetreten oder als sicher anzunehmen?

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

7. Welche Auswirkungen hätten Insolvenzen der Geschäftspartner auf die Sale and Lease Back-Geschäfte von Berliner Landesunternehmen, namentlich den Wohnungsbaugesellschaften? Bei welchen dieser Verträge gibt es Anzeichen, dass sich damit verbundene Risiken realisieren könnten?
8. Wie beurteilt der Senat die Fähigkeit der Berliner Landesunternehmen, namentlich der BVG, der BWB und der WBM, Risiken von notleidenden Cross Border Lease- bzw. Sale and Lease back-Geschäften aus dem eigenen Cashflow zu bewältigen?
9. Welche Berliner Infrastrukturprojekte - und in welcher finanziellen Größenordnung – sind von der HypoRealEstate finanziert worden? Welche Schwierigkeiten ergeben sich daraus?
10. Welche Auswirkung hat die Finanzkrise auf die Refinanzierung der IBB und deren Einnahmen durch Globaldarlehen und Fristentransformation? Verfügt die IBB noch über Reserven, um ggf. auch einen Kredit- und Förderbedarf in der Berliner Wirtschaft zu decken, der über die bisherige Planung hinausgeht?
11. Wie viele Berlinerinnen und Berliner sind nach Kenntnis des Senats von der Insolvenz der Bank Lehman Brothers betroffen, und wie hoch ist das Volumen ihrer Verluste? Hat der Senat Schritte unternommen, die Geschädigten zu unterstützen? Welche Maßnahmen hat der Senat eingeleitet, um die Beratung von Anlegerinnen und Anlegern in der Stadt insgesamt zu verbessern?

Begründung:

Die weltweite Krise des Finanzsystems wird mit größter Wahrscheinlichkeit in eine schwere realwirtschaftliche Krise münden, deren Anfänge sich bereits abzeichnen. Vor diesem Hintergrund muss die bisherige Haushaltsplanung Berlins, die von realwirtschaftlichen Größen abhängt, als Makulatur bezeichnet werden.

In dieser Situation ist entschlossenes Handeln der Politik gefragt. Senat und Koalition müssen endlich Farbe bekennen über ihren Kurs in der Haushaltspolitik und den Beitrag Berlins, die Krise einzudämmen. Soll an den gefassten Senatsbeschlüssen festgehalten werden und die Ausgabenlinie der Finanzplanung unverändert bleiben, wie es die Fraktion Die Linke empfiehlt? Soll dem Einnahmeeinbruch mit neuen Sparpaketen begegnet werden, wie es Senator Sarrazin angekündigt hat? Oder soll im Gegenteil eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betrieben werden? Bislang ist nicht ersichtlich, dass der Senat auch nur im Ansatz über eine finanzpolitische Linie unter der Bedingung einer schweren Wirtschaftskrise verfügt.

Bis heute weigert er sich sogar, aus dem Überschuss 2008 ein arbeitsplatzwirksames und ökologisch sinnvolles Programm zur energetischen Gebäudesanierung zu finanzieren, obwohl ein solches Konjunkturprogramm die Fortsetzung der strukturellen Konsolidierung des Berliner Haushalts in keiner Weise behindert. Alternative Vorschläge mit ähnlich großem Nutzen für Wirtschaft, Beschäftigung und gesunde Finanzen hat der Senat bislang nicht vorlegen können.

Auch erwarten wir Antwort auf die Frage, was der Senat getan hat, um den Abgeordnetenhausbeschluss umzusetzen, der verstärkte Maßnahmen zur Aufklärung über Finanzprodukte und zur Unterstützung jener Bürgerinnen und Bürger verlangt, die von der Finanzkrise, undurchsichtigen Produkten und fehlerhafter Beratung persönlich getroffen worden sind.

Im Übrigen erwartet die Öffentlichkeit mit Recht, dass der Senat die unmittelbare Wirkung der Finanzkrise auf den Landeshaushalt und die Landesunternehmen umfassend untersucht und offen legt. Die Verluste und Schwierigkeiten, die bei der BVG, den Messehallen und der IBB eingetreten sind, sind dafür Anlass genug. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit von Staat und Politik, hier Klarheit zu schaffen und darzulegen, welche Maßnahmen vom Senat und den Landesunternehmen ergriffen wurden und ggf. noch ergriffen werden, um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Berliner Finanzen einzudämmen.

Berlin, 12.11. 2008

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Esser Paus Pop Schruoffeneger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen